

DEMOKRATIE, KOMMUNIKATION & SYSTEMWIRKUNG · 28. AUGUST 2026 · 14 MIN.

Demokratie braucht mehr als gute Sachpolitik

Warum gute Sachpolitik allein autoritäre Dynamiken nicht stoppt: eine wirkungsökonomische Analyse von Informationsräumen, Institutionen und dem Testfall Sachsen-Anhalt.

Digitale Lesefassung

Für Bildschirm und
Ausdruck

Original online

wirkungsoekonomie.de/blog/demokratie-braucht-mehr-als-gute-sachpolitik.html

Methodische Einordnung: Der Beitrag trennt dokumentierte Fakten und Programmaussagen von wissenschaftlichen Befunden, analytischen Inferenzen sowie Wirkungspotenzialen und Wirkungsrisiken. Er bewertet keine Personen. Eine Umfrage ist kein Wahlergebnis; beschriebene Wirkungspfade sind ohne beobachtete Zustandsveränderung kein Wirkungsnachweis.

Gute Politik ist unverzichtbar. Aber die Vorstellung, man müsse nur bessere Sachpolitik machen und autoritäre Parteien würden sich anschließend von selbst erledigen, greift zu kurz. Der internationale Vergleich zeigt ein größeres Muster – und Sachsen-Anhalt macht dieses Muster am 6. September sehr konkret.

Die einfache Erklärung hat 44 Probleme

Wir erzählen uns gern eine beruhigende Geschichte: Menschen sind unzufrieden, weil Regierungen Fehler machen. Also wählen sie Protestparteien. Folglich müssten demokratische Parteien nur „bessere Politik“ machen – und der Spuk wäre vorbei.

Diese Erklärung enthält einen wahren Kern. Wirtschaftliche Unsicherheit, schlechte Infrastruktur, Wohnungsnot, ungelöste Migrationsfragen oder das Gefühl staatlicher Überforderung können politische Radikalisierung begünstigen. **Sachpolitik zählt.**

Aber als Gesamterklärung stößt diese Geschichte an eine erstaunliche Grenze.

Der aktuelle **Democracy Report 2026 des V-Dem-Instituts** zählt 44 Staaten, die sich 2025 gleichzeitig in einem Prozess der Autokratisierung befinden. Das ist fast ein Viertel aller Staaten. 41 Prozent der Weltbevölkerung leben inzwischen in Ländern, die V-Dem als autokratisierend einstuft. Medienzensur ist dabei in 32 dieser 44 Fälle ein wiederkehrendes Mittel, Repression der Zivilgesellschaft in 30.

Wichtig: Das sind **nicht 44 Länder mit einem „Rechtsruck“**. Autokratisierung ist das größere Phänomen. Gerade deshalb ist der Befund so relevant: Die betroffenen Länder haben unterschiedliche Regierungen, Sozialsysteme, Migrationsregime, Wirtschaftslagen, Kulturen und politische Traditionen.

Machen wirklich all diese Gesellschaften gleichzeitig nur „die falsche Politik“? Oder hat sich zusätzlich etwas verändert, das über nationale Politik hinausgeht?

Was sich fast überall gleichzeitig verändert hat

Eine Antwort liegt in unserer **Informationsumgebung**.

Freie Medien sind dabei nicht das Problem. Im Gegenteil: unabhängiger Journalismus gehört zu den wichtigsten Schutzmechanismen einer Demokratie. Neu ist vielmehr die Kombination aus offenen digitalen Informationsräumen, globalen Plattformen, extrem niedrigen Publikationskosten, permanenter politischer Kommunikation und einer Aufmerksamkeitsökonomie, in der Milliarden Inhalte miteinander konkurrieren.

Eine systematische Übersichtsarbeit in *Nature Human Behaviour* hat 496 wissenschaftliche Arbeiten zum Verhältnis von digitalen Medien und Demokratie ausgewertet. Das Ergebnis ist ausdrücklich nicht: „Internet macht Demokratie kaputt.“ Digitale Medien können Information und politische Beteiligung verbessern. Gleichzeitig findet die Forschung aber immer wieder Zusammenhänge mit sinkendem Institutionenvertrauen, stärkerem Populismus und wachsender Polarisierung – und diese problematischen Zusammenhänge waren in etablierten Demokratien teilweise besonders ausgeprägt.

Eine weitere Studie in *Nature Communications* untersuchte politische Onlinekommunikation in neun Ländern – darunter Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Spanien, Großbritannien, Kanada und die USA. Trotz verschiedener Sprachen und Parteiensysteme fanden die Forschenden eine gemeinsame Struktur: politische Netzwerke sind stark getrennt, Kontakte zur jeweiligen Außengruppe sind toxischer als Kontakte innerhalb der eigenen Gruppe, und politische Kommunikation bildet wiederkehrende Freund-Feind-Muster.

Andere Länder. Andere Konflikte. Aber ein zunehmend ähnlicher Kommunikationsraum.

Wie aus Komplexität eine Rettergeschichte wird

Jetzt kommt die Kommunikationspsychologie hinzu.

Unser Gehirn überprüft nicht jede Aussage bei jeder Begegnung vollständig neu. Wiederholung erzeugt Vertrautheit – und Vertrautheit kann die subjektive Wahrheitsbewertung erhöhen. Eine 2026 veröffentlichte Metaanalyse von 182 Studien bestätigt diesen **Illusory-Truth-Effekt** als kleinen, aber robusten Effekt.

Dazu kommt **Resignifikation**: Begriffe und Institutionen können Schritt für Schritt emotional umcodiert werden. Demokratische Kontrolle erscheint dann nicht mehr als Schutz vor Machtmissbrauch, sondern als „Behinderung“. Kompromiss erscheint nicht mehr als demokratisches Verfahren, sondern als Schwäche. Pluralismus nicht mehr als Freiheit, sondern als Zerfall.

Das Entscheidende ist nicht ein einzelnes Wort. Es ist die Geschichte, die dadurch entsteht: eine bedrohte Gruppe, eine angebliche Ursache, ein Gegner – und schließlich jemand, der verspricht, die Bedrohung aufzuhalten.

Hier berührt die Kommunikationslogik die politische Figur des **Katechon**, des „Aufhalters“: Autoritäre Akteure können sich nicht mehr nur als Politiker mit einem Programm darstellen, sondern als letzte Barriere gegen einen behaupteten Untergang. In dieser Erzählung wird Kontrolle ihrer Macht selbst zum Teil der Bedrohungsgeschichte.

Genau deshalb ist es kommunikativ so gefährlich, feindliche Frames ständig zu wiederholen, um sie zu widerlegen. Aufklärung muss den Mechanismus erklären, ohne die emotionale Erzählung immer wieder neu zu trainieren.

Global synchronisiert – aber nicht von einer Zentrale gesteuert

Der internationale Gleichlauf bedeutet nicht, dass irgendwo eine geheime Kommandozentrale 44 Staaten fernsteuert. Dafür gibt es keine belastbare Evidenz.

Was es gibt, sind **transnationale Lern- und Verstärkungsprozesse**. Eine 2026 veröffentlichte vergleichende Studie zur extremen Rechten in Europa und Lateinamerika beschreibt eine „transnationale Grammatik“ gemeinsamer Frames. Die lokalen Themen unterscheiden sich – in Europa etwa stärker Migration und Identität, in Lateinamerika häufiger Kriminalität und Korruption. Die kommunikative Grundarchitektur kann dennoch ähnlich sein.

Dazu kommen reale internationale Netzwerke aus Parteien, Thinktanks, Influencern, Medien und Veranstaltungen. Erfolgreiche Strategien werden beobachtet, kopiert, angepasst und weiterentwickelt.

Und zusätzlich gibt es tatsächlich **gezielte staatliche Einflussoperationen**. Der Europäische Auswärtige Dienst dokumentiert für 2025 russische Informationsmanipulation rund um Wahlprozesse unter anderem in Deutschland, Polen, Rumänien, Moldau und Tschechien. Beschrieben wird ein wiederkehrendes Vorgehen: politische Führung delegitimieren, bestehende gesellschaftliche Konflikte instrumentalisieren und kurz vor Wahlen Zweifel an der Integrität des Wahlprozesses verstärken.

Die treffendere Beschreibung ist deshalb nicht „zentral orchestriert“, sondern **global synchronisiert**: gespeist aus unterschiedlichen nationalen Krisen, beschleunigt durch ähnliche digitale Informationsarchitekturen, verbunden durch transnationale Netzwerke und in einzelnen Fällen zusätzlich gezielt verstärkt.

Und jetzt wird es in Sachsen-Anhalt konkret

Am **6. September 2026** wählt Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag. In der letzten ARD-Vorwahlumfrage vom 26. August liegt die AfD bei 42 Prozent, die CDU bei 22 Prozent. Eine Umfrage ist kein Wahlergebnis, und 42 Prozent bedeuten für sich genommen keine absolute Mehrheit. Aber die Möglichkeit einer AfD-geführten Landesregierung ist damit keine abstrakte Debatte mehr.

An diesem Punkt taucht häufig die nächste einfache Lösung auf: **Lasst sie doch einmal regieren. Dann sehen die Leute, dass sie es nicht können.**

Auch dieser Gedanke klingt zunächst logisch. Wie ein Produkttest: vier Jahre ausprobieren, Ergebnis ansehen, bei schlechter Leistung wieder abwählen.

Nur ist eine Demokratie kein Toaster.

Eine Regierung testet nicht nur Politik. Sie bekommt Macht über Strukturen.

Eine AfD-geführte Landesregierung könnte nicht einfach das Grundgesetz abschaffen. Gerichte bleiben unabhängig, Bundes- und Europarecht gelten weiter, der Landtag kontrolliert die Regierung, und für Verfassungsänderungen gelten hohe Hürden. Diese Sicherungen sind real und wichtig.

Aber eine Landesregierung besitzt dennoch erhebliche Exekutivmacht. Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik. Minister führen ihre Ressorts. Die Landesregierung entscheidet über zahlreiche Verwaltungs-, Personal-, Förder- und Ordnungsfragen und darüber, wie Sachsen-Anhalt im Bundesrat abstimmt.

Was die AfD Sachsen-Anhalt mit dieser Macht politisch anstrebt, muss man nicht aus Kommentaren ihrer Gegner ableiten. Es steht in ihrem **Regierungsprogramm 2026**.

Dort fordert die Partei unter anderem, den Verfassungsschutz zu einem anders ausgerichteten Inlandsgeheimdienst umzubauen und die Verfassungsschutzberichte abzuschaffen. Die Landeszentrale für politische Bildung soll in ihrer heutigen Form abgeschafft und durch ein neues Institut ersetzt werden. Die Geschichtslehrpläne sollen stärker auf 1813 und 1871 ausgerichtet werden; das Deutsche Reich von 1871 wird dabei ausdrücklich als „Erfolgsgeschichte“ bezeichnet. Die Landesförderung von „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ soll beendet werden. Und die Rundfunkstaatsverträge sollen nach dem Willen der Partei als eine der ersten Amtshandlungen gekündigt werden.

Nicht jede dieser Forderungen ließe sich im Alleingang oder in der angekündigten Form umsetzen. Gerade dafür gibt es Recht, Parlamente und Gerichte. Aber die politische Richtung ist dokumentiert.

Besonders bemerkenswert ist dabei ein institutioneller Konflikt: Der Landesverfassungsschutz stuft den AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt seit 2023 als **gesichert rechtsextremistische Bestrebung** ein und begründet dies unter anderem mit Angriffen auf die Menschenwürdegarantie und das Demokratieprinzip. Diese Einstufung ist eine behördliche Extremismusbewertung; sie ist weder ein Parteiverbot noch gleichbedeutend mit einer gerichtlichen Feststellung der Verfassungswidrigkeit. Gleichzeitig sieht das Regierungsprogramm einen grundlegenden Umbau genau dieser Behörde und die Abschaffung ihrer Berichte vor.

Sachsen-Anhalt endet nicht an der Landesgrenze

Die mögliche Wirkung bliebe außerdem nicht auf Magdeburg beschränkt.

Sachsen-Anhalt hat **vier Stimmen im Bundesrat**. Die Landesregierung bestimmt die Vertreter des Landes und die Stimmabgabe. Vier Stimmen übernehmen keine Bundesrepublik – im Bundesrat sind für Mehrheiten regelmäßig viele Länder nötig. Aber es ist reale institutionelle Macht in der Bundesgesetzgebung, Bundesverwaltung und in europäischen Angelegenheiten.

Eine AfD-geführte Landesregierung wäre damit nicht nur ein regionales Regierungsprojekt. Sie wäre erstmals ein dauerhaftes Regierungsmodell der Partei innerhalb der föderalen Machtarchitektur Deutschlands.

Der gefährlichste Denkfehler: Das Experiment verändert den Versuchsaufbau

Bei einem normalen Experiment bleibt der Versuchsaufbau während des Tests möglichst konstant. Danach messen wir das Ergebnis.

Bei Regierungsmacht ist das anders. **Die Regierung kann während des Experiments den Versuchsaufbau selbst verändern.**

Personal verändert sich. Institutionelle Prioritäten verändern sich. Förderstrukturen verändern sich. Bildungsinhalte können verändert werden. Netzwerke entstehen. Regierungserfahrung entsteht. Politische Normen verschieben sich.

Die Forschung zu demokratischem Rückbau beschreibt genau deshalb moderne Autokratisierung häufig nicht als plötzlichen Staatsstreich, sondern als schrittweisen Prozess durch demokratisch gewählte Regierungen. Der Begriff **autocratic legalism** bezeichnet Strategien, bei denen bestehende rechtliche Verfahren und Regierungsbefugnisse genutzt werden, um Kontrollinstitutionen, Minderheitenrechte oder Machtbegrenzungen nach und nach zu schwächen.

Das bedeutet nicht, dass jeder populistische Regierungsantritt automatisch in Autokratie endet. Auch Gegenbeispiele existieren, und institutionelle Sicherungen können wirken. Aber es bedeutet: „Vier Jahre testen und dann zurück auf Anfang“ ist kein neutrales Szenario. Politik erzeugt Pfadabhängigkeiten.

Warum „Entzauberung durch Regieren“ keine Strategie ist

Auch die empirische Hoffnung, populistische Parteien würden sich durch Regierungsverantwortung automatisch selbst entzaubern, ist keineswegs gesichert.

Eine im August 2026 veröffentlichte Studie untersucht populistische und andere Parteien in **32 europäischen Ländern von 1980 bis 2023**. Regierungsparteien verlieren im Durchschnitt Stimmen. Aber populistische Parteien erleiden nach dem Regieren **keinen zusätzlichen systematischen Wahlnachteil** gegenüber anderen Regierungsparteien. Die Autoren formulieren ausdrücklich, dass die Idee infrage gestellt wird, den Aufstieg populistischer Parteien generell dadurch stoppen zu können, dass man sie einfach regieren lässt.

Und kommunikativ kommt noch etwas hinzu: Wenn eine Maßnahme gelingt, kann eine Partei den Erfolg für sich reklamieren. Wenn sie scheitert oder von Gerichten, Bundesrecht oder europäischen Regeln begrenzt wird, kann das Scheitern als äußere Blockade interpretiert werden.

Damit entsteht eine für die klassische Entzauberungslogik unangenehme Möglichkeit:

Eine Regierung kann sachpolitisch scheitern und machtpolitisch trotzdem erfolgreich sein.

Das „MVP Sachsen-Anhalt“

Genau hier hilft ein Begriff aus der Startup-Welt: **Minimum Viable Product – MVP**.

Ein MVP muss noch nicht beweisen, dass das fertige Produkt hervorragend funktioniert. Es muss zunächst zeigen, dass der grundlegende Mechanismus tragfähig ist.

Für die AfD müsste ein mögliches „MVP Sachsen-Anhalt“ deshalb nicht beweisen, dass jede ihrer politischen Maßnahmen erfolgreich ist. Der Machtgewinn könnte schon darin liegen, erstmals eine Landesregierung zu führen, Ministerien zu übernehmen, eine eigene Regierungsmannschaft und Verwaltungserfahrung aufzubauen, über den Bundesrat mitzuwirken, Konflikte mit Kontrollinstitutionen politisch zu überstehen – und dabei die eigene Wählerbindung zu erhalten.

Dann wäre das Projekt für die Partei machtpolitisch erfolgreich, **selbst wenn die gesellschaftliche Sachwirkung negativ wäre**.

Das ist der Punkt, an dem die wirkungsökonomische Perspektive wichtig wird.

Wirkungsökonomisch betrachtet messen wir Politik oft viel zu kurz

Politische Debatten konzentrieren sich häufig auf die erste sichtbare Wirkung: Ist eine Zahl gestiegen oder gefallen? Wurde ein Versprechen umgesetzt? Sind Preise, Einkommen oder Fallzahlen besser geworden?

Das sind Wirkungen erster Ordnung.

Aber Regierungshandeln erzeugt auch Wirkungen zweiter, dritter und vierter Ordnung: auf Institutionen, Vertrauen, Bildung, Wissenschaft, Verwaltung, Informationsräume, gesellschaftliche Normen und die Fähigkeit einer Gesellschaft, später überhaupt noch gemeinsam Entscheidungen zu treffen.

Eine schlechte Steuer kann man wieder ändern. Einen Fördertopf kann man schließen. Beschädigtes institutionelles Vertrauen, normalisierte Feindbilder, aufgebaute Macht- und Kommunikationsnetzwerke oder veränderte politische Kultur lassen sich dagegen nicht am Montag nach einer Wahl auf Werkseinstellungen zurücksetzen.

Wirkungsökonomisch formuliert entsteht hier eine klassische **Externalisierungslogik**: Der politische Akteur kann kurzfristigen Nutzen – Aufmerksamkeit, Stimmen, Bindung, Macht – internalisieren, während ein Teil der gesellschaftlichen Folgekosten später und an anderer Stelle anfällt.

Der politische Gewinn kann steigen, obwohl die Gesamtwirkung für die Gesellschaft sinkt.

Mensch, Planet und Demokratie sind kein Nebeneinander

Genau hier hängen **Mensch, Planet und Demokratie** zusammen.

Für Menschen geht es um Freiheit, Sicherheit, gleiche Rechte, Bildung, gesellschaftliches Vertrauen und die Fähigkeit zur Kooperation.

Beim Planeten geht es nicht um die simple Behauptung, jede autokratische Regierung betreibe zwangsläufig schlechte Klimapolitik. Dafür wäre die Evidenz zu schwach. Der Zusammenhang liegt tiefer: Klimaschutz, Klimaanpassung, Energie-, Infrastruktur- und Ressourcenpolitik brauchen langfristige Planung, Wissen, belastbare Institutionen und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit. Der IPCC nennt funktionierende, flexible und legitimierte Institutionen ausdrücklich als zentrale Voraussetzung klimaresilienter Entwicklung.

Und Demokratie ist deshalb nicht nur ein drittes Schutzgut neben Mensch und Planet. **Sie ist auch die Steuerungsinfrastruktur, mit der eine Gesellschaft ihre gemeinsamen Probleme löst und ihre eigenen Fehler korrigiert.**

Wenn Vertrauen und demokratische Institutionen schwächer werden, kann gemeinsame Problemlösung schwieriger werden. Schlechtere Problemlösung erzeugt neue reale Probleme. Neue Probleme erzeugen neue Unsicherheit. Unsicherheit liefert neues Material für Polarisierung und autoritäre Mobilisierung. Diese Mobilisierung kann wiederum Institutionen unter Druck setzen.

Dann entsteht eine **sich selbst verstärkende Wirkungskaskade**.

Die Antwort ist deshalb größer als „bessere Politik“

Ja: Demokratien müssen bessere Sachpolitik machen. Sie müssen Wohnraum schaffen, Infrastruktur reparieren, soziale Sicherheit ermöglichen, Migration organisieren, Bildung verbessern, wirtschaftliche Transformation gestalten, Sicherheit gewährleisten und Zukunftsperspektiven schaffen.

Aber ein Problem der demokratischen Informationsordnung lässt sich nicht allein mit Sachpolitik lösen.

Wir brauchen gleichzeitig unabhängigen Journalismus, starke Gerichte, Wissenschaft, eine handlungsfähige Verwaltung, eine widerstandsfähige Zivilgesellschaft und digitale Informationsräume, in denen Manipulation, Desinformation und künstliche Polarisierung nicht systematisch leichter skalieren als sorgfältige Einordnung.

Demokratie schützt man deshalb nicht erst an der Wahlurne. Man schützt auch die Bedingungen, unter denen Menschen überhaupt frei beurteilen können, was funktioniert, was nicht funktioniert – und was wahr ist.

Am **6. September** wird diese abstrakte Frage in Sachsen-Anhalt sehr konkret.

Wir sollten deshalb nicht nur fragen: **Kann die AfD regieren?**

Die wirkungsökonomisch wichtigere Frage lautet:

Was setzt diese Macht anschließend in Bewegung – bei Menschen, beim Planeten, bei unseren Institutionen und bei der Fähigkeit unserer Demokratie, ihre eigenen Fehler künftig noch zu korrigieren?

Absicht ist keine Wirkung. Wahlerfolg ist keine Wirkung. Und die erste sichtbare Wirkung ist noch lange nicht die Gesamtwirkung.

Entscheidend ist die ganze Wirkungskette.

Quellen und weiterführende Literatur

1. **1. V-Dem Institute: Democracy Report 2026 – Unraveling the Democratic Era?** – [Link](#)
2. Lorenz-Spreen et al. (Nature Human Behaviour): A systematic review of worldwide causal and correlational evidence on digital media and democracy (496 Studien) – [Link](#)
3. Falkenberg et al. (Nature Communications, 2024): Patterns of partisan toxicity and engagement reveal the common structure of online political communication across countries – [Link](#)
4. Ye et al. (Nature Communications, 2026): Systematic review and meta-analysis of the evidence for an illusory truth effect and its determinants – [Link](#)
5. Lupien & Cardoso (Political Science Quarterly, 2026): Global Trends, Local Adaptations – Comparing Far Right Frames in Latin America and Europe – [Link](#)
6. EEAS: 4th Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats, 2026 – Russian FIMI playbook targeting elections – [Link](#)
7. **7. Tagesschau / ARD: Letzte Vorwahlumfrage Sachsen-Anhalt, 26./27. August 2026 – AfD 42 %, CDU 22 %** – [Link](#)
8. Landtag Sachsen-Anhalt: Landtagswahl am 6. September 2026 – [Link](#)
9. **9. AfD Sachsen-Anhalt: Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2026** – [Link](#)
10. **10. Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt: Verfassungsschutz – Einstufung des AfD-Landesverbands als gesichert rechtsextremistische Bestrebung** – [Link](#)
11. Landtag Sachsen-Anhalt: Bundesrat – Sachsen-Anhalt verfügt über vier Stimmen – [Link](#)
12. de Sa e Silva (Annual Review of Law and Social Science, 2022): Law and Illiberalism – Autocratic Legalism and Democratic Backsliding – [Link](#)
13. Bergh & Kärnä (Public Choice, 2026): A hangover like any other – the cost of ruling for populist parties – [Link](#)
14. IPCC AR6 WGII: Summary for Policymakers – Governance and institutions for climate-resilient development – [Link](#)
15. Tagesschau / BR: Katechon – das neue Apokalypse-Schlagwort der Rechten; Einordnung u.a. mit Volker Weiß – [Link](#)

Quellenlogik: Amtliche und parteieigene Quellen dokumentieren Wahltermin, institutionelle Zuständigkeiten und Programmaussagen. Externe Forschung trägt die empirischen Befunde. Die wirkungsökonomische Einordnung unterscheidet Fakten, Wirkungspotenziale, Wirkungsrisiken und nachgewiesene Zustandsveränderungen. Webrecherche: 28.08.2026.

Weiterlesen: [Katechon](#), [Resignifikation](#), [Autoritarismus](#), [Resonanzraum](#), [Wirkungspotenzial](#), [Wirkungsrisiko](#) und [Demokratie](#).